



Amt der Tiroler Landesregierung

Präs.Abt. II - 1055/17

A-6010 Innsbruck, am 13. April 1989

Tel.: 05222/508, Durchwahl Klappe 152

Sachbearbeiter: Dr. Brandmayr

An das
Bundesministerium für
Finanzen

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Postfach 2
Himmelpfortgasse 4 - 8
1015 W i e n

GESETZENTWURF
Z: 26
Datum: 23. APR. 1989
Verteilt: 27.4.89 Kreuz
H. Puntner

Betreff: Entwurf einer Novelle zum Finanzstrafgesetz;
Stellungnahme

Zu Zahl FS-110/3-III/9/89 vom 15. März 1989

Gegen den übersandten Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Finanzstrafgesetz, BGBl.Nr. 129/1958, geändert wird, bestehen grundsätzlich keine Bedenken.

Lediglich Art. I Z. 1. (§ 33 Abs. 2 lit. a) sollte sprachlich verbessert werden, weil eine "Verkürzung von Gutschriften an Umsatzsteuer" als Straftatbestand begrifflich wohl nicht denkbar ist.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen
gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien
an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien
an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.
an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

Jesacher